NEWSLETTER VERTEIDIGUNG

30. JUNI 2026 I ISSN 2194-0088 I 19. JAHRGANG

AUSGABE 25

Ausnahmefall in Estland

Die Übung Vigorous Warrior

© Bundeswehr/Mathias Erdmann

2 Die Bedingungen des Friedens und die Agonie der UN

7 Kommentar: „MAYDAY!“ bei der Flugsicherung

8 Bundeswehr unterstützt mit Hilfsflügen in Venezuela

10 Ein Einsatzlazarett im Stresstest

12 DEU-NED: Zehn Jahre, zwei Nationen, ein Auftrag

14 Unternehmen prüft Auswirkungen von F126-Aus

Die Bedingungen des Friedens und die Agonie der UN

Manfred Opel

Von Manfred Opel

Alles bewegt sich

Der Satz „Alles bewegt sich“ beschreibt eine fundamentale Wahrheit, die, je nach Kontext, unterschiedliche Bedeutungen erlangen kann. Hier soll weder von dessen medizinischer noch von dessen physikalischer Bedeutung die Rede sein. Wir wollen uns auf die philosophische und die politische Bedeutung dieser Worte konzentrieren.
Konkret geht es darum, herauszufinden, ob und ggf. wie man während eines oder nach einem militärischen Konflikt mit einiger Gewissheit einen stabilen, andauernden sowie fairen Frieden erreichen kann.

Das Kernproblem dabei ist, dass jeder Konflikt das gegenseitige Vertrauen der beteiligten und der betroffenen Parteien im Kern stört und sogar zerstört. Die „Währung des Friedens“ ist nämlich „gegenseitiges Vertrauen“. Ohne diese politische Basis kann es kaum gelingen, einen Konflikt, einen militärischen zumal, zu beenden und zurückzukehren zu dem, was man gemeinhin als Normalität bezeichnet. Doch man muss den Frieden nicht nur erreichen. Man muss ihn auch sichern, stabilisieren und leben. Deshalb ist „das Schweigen der Waffen“ immer nur der erste, jedoch unverzichtbare Schritt hin zum angestrebten stabilen Frieden.

Es war der griechische Philosoph Heraklit, der um das Jahr 500 v. Chr. in Ephesos/Griechenland den Gedanken des „Panta rhei“ formulierte, demzufolge alles beständig fließe, sich alles fortbewege und nichts so bleibe, wie es ist. Man nennt das auch „die Philosophie des ständigen Wandels“.
Der Fakt, dass sich alles, ohne jede Ausnahme, fortwährend mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten und Bewegungsrichtungen ändert, bewegt und entwickelt, ist fundamental für unsere Lebenswirklichkeit. Man kann diese Erkenntnis aber auch umgekehrt formulieren: Nichts bleibt, wie es ist.

Diese Erkenntnis ist sowohl tröstlich als auch herausfordernd: Sich ständig wandelnde Probleme, ständig neue Situationen, ständig andere Leute, mit denen man es zu tun hat.
Angewendet auf die Herausforderung, einen stabilen Frieden zu finden und zu bewahren, bedeutet das, dass ein Friede niemals stabil sein wird.
Es gilt nicht nur, ihn zu bewahren; man muss ihn erwerben, ja erzwingen. Und dieses „Erzwingen“ steht natürlich in seiner Substanz klar gegen das Prinzip der Gewaltfreiheit. Wie also lässt sich dieser Widerspruch auflösen?

Wesentlich ist dabei, dass man auf den ständigen Wandel und auf die permanenten Änderungen zwar Einfluss nehmen kann, sie grundsätzlich jedoch weder stoppen noch gänzlich unterbinden kann. Das gilt insbesondere für den Bereich der Politik und dabei vor allem für die Sicherheits- und Friedens-Politik.
Den Frieden erzwingen zu wollen ist ein Widerspruch in sich selbst. Frieden bedarf nämlich der Überzeugung und der Freiwilligkeit. Das wiederum erzeugt ein riesiges Problem.

Es führt uns zudem zu der fundamentalen Erkenntnis, dass es nur dann gelingen kann, die Politik in der jeweils gewünschten Art und Weise zu beeinflussen, wenn man das Geschick und die Kraft besitzt, die für wünschenswert gehaltenen eigenen politischen Ziele im Rahmen dieses ständigen Wandels optimal durchsetzen zu können. Doch dabei steht uns Menschen unsere eingeschränkte Fähigkeit im Wege, die Dinge kontinuierlich, vollständig und rechtzeitig erkennen und bewerten zu können.

Mit anderen Worten: Die Dimensionen Ort, Zeit und Inhalt bestimmen einerseits unsere Situation sowie andererseits unsere Chancen. Das gilt vor allem für die Politik und für ihre verschiedenen Aktionsfelder. Das bedeutet zugleich, dass man, zum Beispiel in einem konkreten Friedensprozess, sowohl die politischen wie auch die faktischen Ziele definieren und diese dann möglichst alle zusammen und in bestimmter, optimaler Art und Weise durchsetzen und implementieren können muss, um optimalen politischen Erfolg erzielen zu können.

Ohne den festen Willen, ohne das Geschick sowie ohne die Kraft, das politische Ziel „andauernder Friede“ umfassend und baldmöglichst erreichen zu wollen, kann jedoch kein einziger Friedensprozess erfolgreich verwirklicht werden. Daher können dessen Ziele in aller Regel auch nicht auf diese Art und Weise erreicht werden. Das scheint auf den ersten Blick ein Widerspruch zu sein, denn wie sollte es wohl gelingen können, den Frieden mit nicht-friedlicher Gewalt zu erzwingen? Doch es gibt nur zwei Mittel, um ein gewünschtes Verhalten zu erreichen: Freiwilligkeit oder Zwang.

Zugleich gibt es grundsätzlich zwei Wege, um vom militärischen Konflikt zum Frieden zu gelangen: Einerseits den vollkommenen militärischen Sieg einer der kämpfenden Parteien oder andererseits die freiwillige Einigung zwischen allen (!) kämpfenden Parteien sowie deren festen Willen, einen umfassenden und andauernden Frieden schließen sowie auch einhalten zu wollen. Der letztgenannte Weg ist derjenige, den die heutige Friedenspolitik, aus Überzeugung und mit Nachdruck sowie vor allen anderen politischen Wegen, anstrebt und bevorzugt.

Dabei, und das muss man anmerken, kann sich diese Absicht, zum Beispiel mit einer Änderung der jeweiligen politischen Führung, natürlich auch ändern.

Entscheidend ist die Tat

Die kämpfenden Parteien müssen in jedem konkreten Konfliktfall davon überzeugt werden, dass sie einerseits nur einen einzigen gemeinsamen und auch sicheren Weg zum Frieden haben und dass ihnen dieser Weg zugleich die meisten politischen, wirtschaftlichen und existentiellen Vorteile bietet – und zwar langfristig.

Dieses umfassende Argument gilt es konkret mit überzeugendem Inhalt zu füllen. Natürlich ist es zugleich herausragend wichtig, die tatsächlichen Vorteile, die dieser Weg insbesondere den streitenden Parteien bietet, überzeugend zu kommunizieren. Dabei spielt die allgemeine öffentliche Meinung, die zeitgleich vor allem in den kämpfenden Gebieten sowie den Nachbar-Gebieten herrscht, die entscheidende Rolle. Daher ist es in der Regel das zentrale Anliegen aller Kriegs-Beteiligter, die öffentliche Meinung, vor allem jene bei den beteiligten Parteien, jedoch auch jene bei ihren Nachbarn oder Partnern, nachhaltig beeinflussen zu können.

Einen solchen „Friedens-Prozess“ gilt es zudem stets durch eine seriöse öffentliche Debatte zu begleiten. Denn ohne die Wahrheit, die volle Wahrheit, ist jeder Weg zum Frieden wenig aussichtsreich.
Das bedeutet, dass man in der Regel einen befähigten Mediator benötigt, um den kämpfenden Parteien einen für sie akzeptablen Weg zum Frieden zu eröffnen.

© Beao, Public domain, via Wikimedia Commons

1945, im Jahr der Gründung der Vereinten Nationen, war die Organisation erfüllt von Zuversicht und Tatendrang. Das änderte sich jedoch mit den Jahren.

Dabei gilt es zu beachten: Der Friede bietet jeder der beteiligten Parteien stets wesentlich mehr und Besseres als Krieg und Kampf.
Der Friede bedeutet nämlich für die beteiligten Parteien zugleich das Recht, sich die ihnen in den diesbezüglichen Verhandlungen zuerkannte „Friedens-Dividende“ vollumfänglich abholen zu dürfen, sobald ein Vertragsfrieden erreicht ist.

Zuständig dafür sind derzeit formal insbesondere die Vereinten Nationen. Doch bedauerlicherweise ist diese Welt-Organisation heute zum bloßen Debattier-Club degeneriert. Deutschland trägt an dieser schlimmen Entwicklung sogar einen Hauptteil der Schuld. Deutschlands Vertreter an der Spitze der UN haben bisher noch keine einzige erfolgreiche Friedens-Offensive initiiert, obgleich alle von ihnen das vorab hoch und heilig versprochen hatten. Dieses Faktum ist äußerst bedauerlich, ja, sogar inhaltlich verwerflich.

Wenn man nämlich, bezüglich eines konkreten militärischen Konfliktes, die für die gesamte Welt (sprich die UN) und die für sämtliche betroffenen Konfliktparteien geltenden Friedensargumente erst einmal aufgegriffen und publik gemacht hat, kann der öffentliche Druck, Frieden zu schließen, entscheidend zunehmen. Diesem globalen politischen Druck sind sämtliche kämpfenden Parteien unterworfen.

Nur muss man das eben auch tun und nicht nur von hohen Pulten herab Forderungen aufstellen. Insbesondere in realen Konflikten zählt ausschließlich die Tat.

Dafür gibt es im Grunde nur einen einzigen erfolgversprechenden Weg: Man muss den daraus erwachsenden Friedens-Zwang in Zukunft so stark werden lassen, dass keine der Konfliktparteien es sich noch wesentlich länger leisten kann, den militärischen Kampf fortzuführen.

Doch genau an diesem Punkt versagen die Vereinten Nationen permanent.

Das Schicksal des Friedens

Der Widerspruch zwischen Friedensforderung und einer Verletzung des Friedens durch die „großen Drei“ im Weltsicherheitsrat ist zwar nicht neu. Er wird uns jedoch heute einerseits in breiter Praxis und andererseits mehrfach sowie brutaler und anschaulicher denn je auf internationaler Bühne vorgeführt. Man muss nur die Augen öffnen, um dieses heute besonders weit verbreitete, höchst verwerfliche irdische Gewalt-Szenario als Ganzes erkennen zu können.

Zahnlose Tiger: Auch diese UN-Peacekeeper in Mali verfügen nicht über die nötigen Mandate, um dauerhaft echte Veränderungen zu ermöglichen.

© Capt George Christie/UK MoD 2023, OGL 3, via Wikimedia Commons

Frieden ist nun einmal kein Selbstläufer. Derzeit sind sogar zwei der fünf Ständigen Mitglieder des Welt-Sicherheitsrates in brutale Aggressions-Kriege verstrickt.

Was die „großen Fünf“ damit erreichen werden, ist jedoch nichts weniger als die Zerstörung der UN. In diesem Fall aber hätte der Friede überhaupt keine politische Heimat mehr. Was die Welt, die bisher noch immer an die UN glaubte, dabei besonders verbittert, ist die Tatsache, dass sogar der gegenwärtige Generalsekretär der UN, der Portugiese António Guterres, dessen Amtszeit als UN-Generalsekretär regulär Ende 2026 endet, zu den großen Konflikten unserer Zeit beharrlich schweigt. Mit anderen Worten: Er erfüllt seine Pflichten nicht.

Solches Verhalten des obersten Vertreters der UN ist nicht nur verstörend. Es untergräbt sogar das Vertrauen der Welt in die Organisation der Vereinten Nationen. Ein schlimmeres Desaster kann man sich für die größte internationale Friedens-Organisation überhaupt nicht vorstellen. Daran schuld sind jedoch auch die führenden UN-Nationen selbst. Sie sollten genau darauf achten, wen sie zum Generalsekretär oder zur Generalsekretärin vorschlagen. Und sie sollten den weltweiten Frieden endlich gemeinsam fördern.

Befassen wir uns an dieser Stelle jedoch noch kurz mit den Vereinten Nationen (UN) selbst. Für die Wahl des nächsten UN-Generalsekretärs verständigte sich der UN-Sicherheitsrat bisher stets auf einen einzigen Kandidaten.

Bei dieser Abstimmung haben jedoch die fünf ständigen Mitglieder (USA, China, Russland, Frankreich und das Vereinigte Königreich) ein Vetorecht. Wer der oder die nächste UN-Generalsekretär/in werden soll, ist derzeit noch vollkommen offen.

© Dimitris Vetsikas via Pixabay

Der Lack ist ab: Die UN haben durch ihre Tatenlosigkeit im Angesicht multipler Krisen das Vertrauen der Welt verspielt.

Inhaltlich ist jedoch ein ganz anderes Faktum entscheidend:
Wenn UN-Groß- und Supermächte, wie insbesondere Putins Russland, Nachbarstaaten einfach überfallen und ihren globalen Einfluss, sogar unter Einschluss äußerst gefährlicher militärischer Mittel, immer mehr auszuweiten versuchen, oder wenn der amerikanische Präsident andere Staatsoberhäupter „einfach“ entführen und andere Staaten militärisch angreifen kann, ohne dass die UN faktisch auch nur das Geringste dagegen unternehmen, wird alleine dadurch die Organisation der Vereinten Nationen zunehmend zur Farce und damit weitgehend bedeutungslos werden.

Hinzu kommt, dass der gegenwärtige US-Präsident Trump rein gar nichts von den UN hält. Er betrachtet sie überwiegend als dysfunktionale, weitgehend ineffiziente Institution und verachtet sie geradezu. Das bedeutet konkret: Er versucht, sie zu umgehen oder zu entmachten. Dementsprechend positionierte er sich vielfach in der Öffentlichkeit:

1. In seiner Rede vor der UN-Vollversammlung im September 2025 warf er den UN direkt vor, als Friedensstifterin komplett versagt zu haben.
2. Er behauptete, die UN würden keine weltweiten Probleme lösen, sondern im Gegenteil häufig neue schaffen. Weiter behauptete er, er selbst habe mehrere Kriege beendet und die UN hätten dabei „noch nicht einmal versucht, zu helfen“.
3. Er warf den UN vor, für die USA nie da gewesen zu sein, als diese sie brauchten.
4. Die UN werde zwar primär von westlichen Geldern (insbesondere aus den USA) finanziert, aber gleichzeitig fördere sie damit unkontrollierte Migration und vor allem Angriffe auf die Grenzen und die Wirtschaft westlicher Staaten. Das gefährde die Staatlichkeit der Nationen der „Freien Welt“.

Donald Trump bescheinigte den UN ein komplettes Versagen und nutzte seine Rede vor der Vollversammlung im September 2025 für die Verbreitung eigener Narrative.

© whitehouse.gov

Es mag Vieles an dieser Kritik überzogen sein, doch die Wahrheit bleibt, dass die UN zum Beispiel absolut nichts gegen die russischen kriegerischen Aktivitäten in Afrika, in Europa und in Asien unternommen hat. Auch beim Überfall Putins auf die Ukraine war von den UN weit und breit nichts, absolut gar nichts, zu vernehmen.

Trump hat also zumindest recht, wenn er behauptet, die UN erfüllten ihre Aufgaben nicht. Man konnte im Gegenteil schon den Eindruck gewinnen, die UN unterstütze unter ihrem gegenwärtigen Generalsekretär sämtliche kriegerischen und militärischen Aktivitäten; insbesondere die von Putins Russland.

Denn, wie man täglich beobachten kann, haben die Vereinten Nationen in der Vergangenheit absolut gar nichts gegen die rechtswidrigen Angriffe Putins gegen verschiedene Länder sowie insbesondere gegen die Ukraine unternommen.

Dieses Verhalten bedeutet ohne jeden Zweifel den Todesstoß für die UN, wie wir sie bisher kannten.

Über den Autor: Brigadegeneral a.D., Dipl.-Ing. Manfred Opel, M.A., ehemalig MdB, war u.a. Referatsleiter für Strategische Planung im Internationalen Militärstab des NATO-Hauptquartiers in Brüssel sowie General für Luftwaffenangelegenheiten der Rüstung. Der Beitrag gibt seine persönlichen Einschätzungen und Ansichten wieder.

Bildauswahl und -beschriftung: Daniel Kromberg

„MAYDAY!“ bei der Flugsicherung

Die Personallage der Militärischen Flugsicherung nähert sich dem Boden an: Wenn „heiße Luft“ den Personalnotstand anheizt

Andreas Hubert

Ein Kommentar von Andreas Hubert, Forum der Militärischen Luftfahrt e.V. (FML)

Die Lage der militärischen Flugsicherung der Bundeswehr spitzt sich weiter zu. Während im zivilen Sektor der Personalmangel bereits zu spürbaren Engpässen führt, trifft die Krise die Streitkräfte umso härter. Die Folgen einer jahrelangen Fehlplanung lassen sich nicht mehr weglächeln – die langfristige, düstere Prognose des Forums Militärische Luftfahrt e.V. (FML) bewahrheitet sich zunehmend mit voller Wucht.

Verpuffte Maßnahmen und hilflose Übersteuerung

Die bisherigen Versuche des Dienstherrn, dem personellen Aderlass entgegenzuwirken, sind krachend gescheitert. Selbst eine Übersteuerung der Ausbildungsplätze von 120 % schafft es nicht, den negativen Trend umzukehren. Was nützen ambitionierte Einstellungsziele auf dem Papier, wenn die Realität von einer konstant hohen Quote an jährlichen Kündigungen (zusätzlich zu den geplanten Abgängen) eingeholt wird? Qualifiziertes Personal verlässt das System schneller, als Nachwuchs nachgeschoben werden kann.

Das Märchen von der Technik und der „heißen Luft“

In der Debatte wird gerne auf die Modernisierung verwiesen. Doch neue, hochkomplexe Technologien helfen reichlich wenig, wenn schlichtweg das notwendige Bedienpersonal fehlt, um sie zu steuern. Technik ersetzt keine fehlenden Köpfe im Tower oder vor den Radarschirmen.
Gleichzeitig erweisen sich die groß angekündigten Attraktivitätsprogramme der Bundeswehr in der Praxis als reine „heiße Luft“. Statt echter, struktureller Verbesserungen bei der Work-Life-Balance, der Vergütung oder den Dienstzeiten im Vergleich zur zivilen Konkurrenz, verharren die Maßnahmen im Unverbindlichen.

Fazit: Wenn die Bundeswehr im Wettbewerb um die besten Köpfe der Flugsicherung nicht bald radikal umsteuert und echte Anreize schafft, droht der militärische Flugbetrieb mittelfristig an seinen eigenen personellen Kapazitätsgrenzen zu scheitern. Die Warnsignale des FML wurden zu lange ignoriert – jetzt ist der Point of no Return bedrohlich nah.

© Bundeswehr/Andrea Bienert

Deutsche Transportflugzeuge unterstützen mit Hilfsflügen in Venezuela

Zwei Erdbeben katastrophalen Ausmaßes haben Venezuela erschüttert. Immense Zerstörungen sind eingetreten, Tausende Tote werden befürchtet. Zur Unterstützung der Rettungsarbeiten vor Ort hat die Luftwaffe fünf Transportflugzeuge A400M mit Hilfsgütern und Personal ins Krisengebiet entsandt. Die ersten Maschinen landeten am 27. Juni 2026 in Venezuela.

Nach den verheerenden Erdbeben in Venezuela ist am Wochenende auch die deutsche Unterstützung vor Ort angelaufen. Zunächst vier Transportflugzeuge der Luftwaffe vom Typ A400M waren in der Nacht zum 27. Juni 2026 im Katastrophengebiet gelandet und dort vom deutschen Botschafter Volker Pellet empfangen worden.
An Bord der Flugzeuge des Lufttransportgeschwaders (LTG) 62 waren neben medizinischem Fachpersonal Dutzende Freiwillige des Technischen Hilfswerks (THW), die für Rettungsarbeiten unter schwierigen Bedingungen ausgestattet und ausgerüstet sind. Die THW-Angehörigen vom SEEBA-Team (Schnell-Einsatz-Einheit Bergung Ausland) haben speziell trainierte Spürhunde zum Auffinden verschütteter Personen sowie Material für Ortung und Bergung dabei. So sind die Spezialisten in der Lage, Trümmer anzuheben und zu zerschneiden, um Menschen darunter zu befreien.

Luftwaffe bringt Helfer und Hilfsgüter nach Venezuela

Im Laufe des Wochenendes landete dann ein fünftes Transportflugzeug der Luftwaffe mit weiteren Helfern, Medikamenten und Fracht für das THW in Venezuela. Die A400M luden die transportierten Hilfsgüter und Hilfskräfte auf dem für zivile Flugzeuge aktuell gesperrten Flughafen der venezolanischen Hauptstadt Caracas aus.

Löschen der Ladung: Soldaten der Luftwaffe entladen in Venezuelas Hauptstadt Caracas Hilfsgüter und Material des THW aus ihrem Transportflugzeug A400M.

© Bundeswehr/Marc Tessensohn

Im Anschluss wurden sie vorübergehend auf die nur wenige Kilometer vor dem venezolanischen Festland gelegene Insel Aruba verlegt. Während ein Transporter dort zunächst für weitere Hilfsflüge verbleibt, werden die übrigen A400M im Laufe des 28. Juni 2026 nach Deutschland zurückkehren.

Die Maschinen könnten kurzfristig auch zum Transport von Hilfsgütern von NATO-Partnern genutzt werden. Ein eigens für den Transport Verletzter ausgestattete Rettungsflieger A400M (MedEvac – Medical Evacuation) wird bis voraussichtlich zum 3. Juli 2026 auf Aruba stationiert bleiben.

Hilfskräfte des THW mit Spürhunden gehen nach ihrer Ankunft in Venezuela von Bord der Transportflugzeuge A400M des Lufttransportgeschwaders 62

© Bundeswehr/Marc Tessensohn

Bundeswehr stellt nach Erdbeben schnelle Hilfe sicher

Die Dauer des Hilfseinsatzes ist zunächst auf zwei Wochen angelegt. Deutschland arbeitet dabei eng mit anderen Nationen zusammen. Verteidigungsminister Boris Pistorius hatte sich unmittelbar nach den Erdbeben erschüttert von deren Ausmaß gezeigt und den Menschen vor Ort unbürokratische Unterstützung durch die Bundeswehr zugesagt. Beim LTG 62 waren unverzüglich die Vorbereitungen für den Hilfseinsatz angelaufen. Dieser begann dann kurz nach dem offiziellen Hilfeersuchen der venezolanischen Seite.

LTG 62 – Verband mit viel Erfahrung bei Hilfseinsätzen

Die Soldatinnen und Soldaten in Wunstorf haben viel Erfahrung mit Hilfseinsätzen: So war der Verband bereits 2023 beim Transport von Hilfsgütern in das Erdbebengebiet in der Türkei und 2024 sowie 2025 beim Abwurf von Hilfsgütern über dem Gazastreifen beteiligt. An Bord der Maschinen sind jeweils auch bewaffnete Kräfte der Air Mobile Protection Teams der Luftwaffe. Sie sichern die Flugzeuge und deren Crews im Einsatzgebiet am Boden. Ihr Einsatz ist Standard bei vergleichbaren Aufträgen.

Text: Markus Tiedke

Anzeige

Nicht nur für den kleinen Hunger zwischendurch.

INDIVIDUELLE VERPACKUNG
AUCH IN FLECKTARN MÖGLICH.

RICHARTZ
Key Tool Plus

KLEEN
WERBUNG
Telefon +49 (0) 49 71 / 92 33 10
Fax +49 (0) 49 71 / 92 33 15
info@kleen-werbung.de

Ein Einsatzlazarett im Stresstest

Vom 8. bis 20. Juni 2026 trainierten Soldatinnen und Soldaten aus 29 NATO- und Partnernationen Seite an Seite bei Vigorous Warrior in Estland. Die erste NATO-Übung zur Militärmedizin wurde durch die estnischen Streitkräfte und das NATO Centre of Excellence for Military Medicine organisiert. Das Sanitätsregiment 3 aus Dornstadt betrieb vor Ort ein Einsatzlazarett.

2.500 Angehörige der Sanitätsdienste aus 29 NATO- und Partnernationen kamen bei der Übung in Estland zusammen, um die gesamte Rettungskette im NATO-Bündnisfall im multinationalen Rahmen zu üben – vom Ort der Verwundung bis zum Krankenhaus. Das Sanitätsregiment 3 aus Dornstadt bildete mit dem Einsatzlazarett der Role 3 ab, die vorletzte Ebene der Rettungskette. Der Betrieb eines voll ausgestatteten Einsatzlazaretts in fester Infrastruktur am Hafen von Tallinn und in multinationaler Besetzung war eine Premiere für die Soldatinnen und Soldaten aus Dornstadt.

Von Dornstadt nach Tallinn

Bei der Verlegung eines Einsatzlazaretts muss unglaublich viel Material bewegt werden. In enger Zusammenarbeit mit dem Logistikzentrum der Bundeswehr reisten insgesamt 163 Container und 39 Fahrzeuge nach Estland. Im Ernstfall dauert der Aufbau einer Role 3 nur 72 Stunden. Damit das klappt, sind Übungen wie Vigorous Warrior ein wichtiger Test: Durch die erstmalige Integration der modularen Sanitätseinrichtung in feste Infrastruktur dauerte es dieses Mal ein wenig länger. Nach fünf Tagen stand das Einsatzlazarett einsatzbereit verteilt auf drei Lagerhallen im Hafen von Tallinn.

Weltweit einsatzbereit

Das modulare Einsatzlazarett der Sanitätskräfte aus Dornstadt wirkt erst einmal wie ein Puzzle aus Containern und Zelten. Zusammengefügt entsteht schließlich eine Einrichtung, die eine medizinische Versorgung auf dem qualitativen Niveau eines deutschen Kreiskrankenhauses leistet. Für den Einsatz bringt diese mobile Modularität eine Menge Vorteile: Die Role 3 kann zu Land, zu Wasser und durch die Luft an jeden Ort der Welt transportiert werden und bereits nach drei Tagen können darin Leben gerettet werden.
Bei Vigorous Warrior 2026 standen in Tallinn dazu sechs Operationssäle, eine große Intensivstation, eine Pflegestation mit 150 Betten und ein großer Facharztbereich – vom Zahnarzt bis zur Psychiatrie – zur Verfügung. Selbst ein Computertomograph wurde mitgeführt.

Das modulare Einsatzlazarett der Role 3 des Sanitätsregiments 3 aus Dornstadt war im Hafen von Tallinn nahezu komplett in fester Infrastruktur – drei riesigen Hallen – untergebracht.

© Bundeswehr/Mathias Erdmann

Realitätsnahe Patientendarstellung

Um eine Role 3 in einer 36-Stunden-Übung zu trainieren, brauchte es viel Vorbereitung. Die Patientinnen und Patienten etwa wurden von realen Personen dargestellt. Für sie wurde jeweils eine vollständige fiktive Akte angelegt, die den gesamten Weg durch das Einsatzlazarett abbildete. So entstanden für die Übung des Einsatzlazaretts insgesamt 260 Fallakten mit mehr als 1.400 Laborberichten, welche durch die Bundeswehrkrankenhäuser anonymisiert zur Verfügung gestellt worden waren. Je nach Schwere der Verwundung ging das von den Blutwerten über radiologische Bildbefunde bis zur psychiatrischen Befundung. Damit alles rechtzeitig fertig wurde, hatte das Sanitätsregiment 3 bereits im Januar 2026 damit begonnen, die Fallakten zusammenzustellen.

Um den anonymen Fallakten während Vigorous Warrior 2026 ein Gesicht zu geben, standen 100 „Soldatinnen und Soldaten in darstellender Funktion“ zur Verfügung. Vier ausgebildete Schminkteams sowie unzählige helfende Hände gaben ihr Bestes, um von der Platzwunde bis zum offenen Schienbeinbruch jede Verletzung so realistisch wie möglich darzustellen. Darüber hinaus wurden künstliche Simulatoren genutzt, an denen auch realitätsgetreu operiert werden konnte. Sie simulierten von Atmung und Puls bis zur spritzenden perforierten Arterie alle Körperfunktionen, die auch ein echter Mensch besitzt. Auch alle inneren Organe sind für eine operative Intervention genau dort, wo sie sein sollen.

© Bundeswehr/Mathias Erdmann

Zur 36-Stunden-Übung gehörte auch ein simulierter Unfall in einem nahen Chemiewerk, bei dem die Luft auf Schadstoffe geprüft werden musste, um entscheiden zu können, ob eine Evakuierung notwendig war.

36 Stunden Stresstest

Das medizinische Personal der Role 3, zusammengesetzt aus 13 verschiedenen Nationen, wurde 36 Stunden lang auf die Probe gestellt. Von mehreren Massenanfällen von Verletzten, den sogenannten Mass Casualties, über eine eingespielte Bedrohung durch einen Unfall in einem Chemiewerk bis zum Ausfall des eigenen Personals aus medizinischen Gründen. Trotz aller Widrigkeiten wurden in den 36 Stunden ganze 276 Patientinnen und Patienten im Einsatzlazarett behandelt – ein erfolgreicher Stresstest für die Role 3 des Sanitätsregiments 3 und ein Beleg für die Leistungsfähigkeit des Sanitätsdienstes der Bundeswehr im NATO-Bündnis.

Text: Michael Tomelzik

© Hungarian Defence Forces/Mirtill Fatime Papp

Der Verwundete wird in eine Patienten-Transportbox eingeladen. Dort können Vitalwerte überwacht und über einen Roboterarm erste Maßnahmen ergriffen werden. Die geländegängige Drohne transportiert den Verwundeten dann vom Gefechtsfeld.

Deutsche und Niederländer: Zehn Jahre, zwei Nationen, ein Auftrag

Motoren dröhnen, Staub liegt über dem Truppenübungsplatz Bergen: Rund 7.000 deutsche und niederländische Soldatinnen und Soldaten üben bei Fighter Lion. Hier bewährt sich, was seit zehn Jahren gewachsen ist: eine niederländische Brigade in einer deutschen Division und ein binationales Panzerbataillon.

Seit 2016 ist die niederländische 43. Mechanisierte Brigade der deutschen 1. Panzerdivision unterstellt. Im selben Jahr wurde das Panzerbataillon 414 in Dienst gestellt. Dessen 4. Kompanie besteht vollständig aus niederländischen Soldatinnen und Soldaten. Sie werden nach deutschen Vorgaben ausgebildet. Deutsche dienen in Havelte, dem Heimatstandort der 43. Mechanisierten Brigade, Niederländer im Divisionsstab in Oldenburg. Deutsche führen Niederländer, Niederländer führen Deutsche.

Mehr als eine Unterstellung

Der Ursprung dessen liegt im Projekt Taurus. Deutsche und niederländische Truppenteile sollten von der Kompanie- bis zur Divisionsebene verbunden werden. Deutschland gewann mit der 43. Mechanisierten Brigade einen modernen, digital vernetzten Großverband und Expertise mit dem Schützenpanzer CV90. Die Niederlande erhielten nach Auflösung ihrer eigenen Division wieder eine Führung und mit dem Panzerbataillon 414 die Panzertruppe zurück. Doch wie funktioniert die Zusammenarbeit in der Praxis?

Wenn Unterschiede zu Stärken werden

Ein Command Sergeant Major im Panzerbataillon 414 erinnert sich an eines der ersten deutschen Wörter, das ihm in Besprechungen auffiel: „Trennung“. Das steht im deutschen Militärjargon für „neues Thema“. Während Gespräche in den Niederlanden oft fließend von Thema zu Thema wechseln, werden sie in Deutschland stärker gegliedert. Was zunächst ungewohnt war, wurde für ihn zur Stärke: Niederländische Spontaneität und deutsche Klarheit ergänzen sich.

Ein Corporal First Class beschreibt einen weiteren Unterschied: Niederländische Soldatinnen und Soldaten gingen oft direkter in den Austausch, Deutsche legten stärker Wert auf Struktur und formale Führungslinien. Sein Fazit: „Wir arbeiten nicht immer gleich, aber wir verfolgen dasselbe Ziel.“

Major Leo Z. beschreibt es zugespitzt: In den Niederlanden höre man eher: Was nicht verboten ist, ist erlaubt. In Deutschland eher: Wenn es nicht ausdrücklich erlaubt ist, lasse ich es. Was nach Gegensatz klingt, wird zum Mehrwert. Niederländische Flexibilität und deutsche Nachvollziehbarkeit können dort eingesetzt werden, wo sie den größten Nutzen bringen.

INFO

Deutsch-niederländische Zusammenarbeit: Die wichtigsten Meilensteine

1995: Aufstellung des 1. Deutsch-Niederländischen Korps in Münster.

2014: Die niederländische 11. Luftbewegliche Brigade wird in die deutsche Division Schnelle Kräfte integriert.

2015: Deutschland und die Niederlande starten mit dem Projekt Taurus die tiefe Integration ihrer Landstreitkräfte.

2016: Die 43. niederländische Mechanisierte Brigade wird der deutschen 1. Panzerdivision unterstellt. Das binationale Panzerbataillon 414 wird in Dienst gestellt.

2023: Alle drei Kampfbrigaden des niederländischen Heeres sind in deutsche Heeresstrukturen eingebunden.

Deutsche und niederländische Soldatinnen und Soldaten trainieren gemeinsam bei Fighter Lion auf dem Truppenübungsplatz Bergen.

Zusammenhalt über den Dienst hinaus

Zusammenhalt entsteht aber nicht nur im Dienst. In Havelte wird der Tag der Deutschen Einheit gemeinsam begangen, in Oldenburg und Bergen/Lohheide feiern beide Nationen den niederländischen Königstag. Besonders sichtbar wird die Verbindung am 4. Mai, dem niederländischen Gedenktag für die Opfer von Krieg und Gewalt. In Bergen-Belsen stehen beide Nationen gemeinsam im Gedenken.
Gut zehn Jahre nach der Aufstellung des binationalen Panzerbataillons zeigt sich: Militärische Stärke entsteht nicht aus Gleichförmigkeit. Sie entsteht dort, wo unterschiedliche Erfahrungen, Perspektiven und Führungskulturen an einem gemeinsamen Auftrag arbeiten. Vielfalt ist dabei kein Hindernis. Sie kann ein entscheidender Vorteil sein.

Text: Sandra Reker

Deutsche Panzer, die mit niederländischen Soldaten besetzt sind, machen die tiefe Integration beider Landstreitkräfte deutlich.

© Royal Netherlands Army

Unternehmen prüft Auswirkungen der Beendigung des F126-Programms

Das Bundesministerium der Verteidigung hat entschieden, das Fregattenprogramm F126 nicht weiterzuverfolgen und stattdessen – vorbehaltlich der Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages – die Beschaffung von Fregatten des Typs MEKO A-200 anzustreben. Das Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr hat die Unterauftragnehmer des Projekts entsprechend informiert.

Die konkreten Auswirkungen der Projektbeendigung auf den Lieferumfang und die vertragliche Abwicklung des Unternehmens HENSOLDTwerden derzeit geprüft. Bis zur abschließenden Klärung der vertraglichen nächsten Schritte stimmt HENSOLDT das weitere Vorgehen eng mit seinem Vertragspartner Thales Netherlands ab.

HENSOLDT liefert für die Fregatten vom Typ F126 das Marineüberwachungsradar TRS-4D. Das System basiert auf einer etablierten Produktfamilie und ist kein ausschließlich für F126 entwickeltes Einzelprodukt. Radare der TRS-4D-Familie sind bereits auf Schiffen der Deutschen Marine im Einsatz, unter anderem auf der Fregatte F125 sowie der Korvette K130. Auch international ist die Technologie beauftragt, etwa für die brasilianischen Tamandaré-Fregatten, die auf dem MEKO-Konzept basieren.

Der Gesamtauftragswert für HENSOLDT im F126-Programm liegt bei gut 200 Millionen Euro, von denen bereits mehr als ein Drittel als Umsatz realisiert wurden. Für das laufende Geschäftsjahr sind noch Umsätze im niedrigen zweistelligen Millionenbereich vorgesehen.
Auf Basis der derzeit vorliegenden Informationen erwartet HENSOLDT keine Auswirkungen auf die kurz- oder mittelfristige Prognose. Die weitere Behandlung des verbleibenden Auftragsbestands hängt von der konkreten vertraglichen Lösung und der weiteren Abstimmung mit den beteiligten Partnern ab.

HENSOLDT versteht die Beendigung des F126-Programms auch im Kontext einer Neuordnung der maritimen Beschaffungsprogramme. Als Anbieter nationaler Schlüsseltechnologie im Sensorbereich sowie als Partner für Führungs- und Missionssysteme, einschließlich CMS330, ist HENSOLDT bereit, auch künftig eine tragende Rolle bei der Modernisierung der Deutschen Marine zu übernehmen. Dazu steht das Unternehmen im engen Austausch mit Werften und Kunden.

Text: HENSOLDT; DK

Die Beendigung des F126-Programms hat Auswirkungen für mehrere deutsche Unternehmen.

© Damen Naval

IMPRESSUM

Newsletter Verteidigung veröffentlicht in deutscher Sprache aktuelle Aufsätze, Berichte und Analysen sowie im Nachrichtenteil Kurzbeiträge zu den Themen Rüstungstechnologie, Ausrüstungsbedarf und Ausrüstungsplanung, Rüstungsinvestitionen, Materialerhaltung, Forschung, Entwicklung und Erprobung sowie Aus- und Weiterbildung. Newsletter Verteidigung hat eine europäische, aber dennoch vorrangig nationale Dimension. Aus der Analysearbeit von Newsletter Verteidigung werden regelmäßig hoch priorisierte Themenfelder aufgegriffen, welche interdisziplinär einen Bogen spannen von der auftragsgerechten Ausstattung der Bundeswehr mit Wehrmaterial, der Realisierungsproblematik von militärischen Beschaffungsvorhaben, der Weiterentwicklung der Streitkräfte, den technologischen Trends und Entwicklungstendenzen bei Wehrmaterial, der Weiterentwicklung der heimischen wehrtechnischen Industriebasis und der Rüstungs- und Sicherheitspolitik bis hin zur Rüstungszusammenarbeit mit Partnerländern und gemeinsamen Beschaffung von Wehrmaterial.

Der Verlag hält die Nutzungsrechte für die Inhalte des Newsletter Verteidigung. Sämtliche Inhalte des Newsletter Verteidigung unterliegen dem Urheberrechtsschutz. Die Rechte an Marken und Warenzeichen liegen bei den genannten Herstellern. Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten, die außerhalb des Verantwortungsbereiches des Verlages liegen, kann keine Haftung für die Richtigkeit oder Gesetzmäßigkeit der dort publizierten Inhalte gegeben werden.

Newsletter Verteidigung erscheint auf elektronischem Wege (PDF-Format) mit 50 Ausgaben im Jahr. Eine Weiterverbreitung von Inhalten des Newsletter Verteidigung darf nur im Wege einer Gruppenlizenz erfolgen. Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn es nicht drei Monate vor Ablauf mit Einschreiben gekündigt wird.

Newsletter Verteidigung ist eine offizielle Publikation der VDS Verlag Deutsche Spezialmedien GmbH, 35037 Marburg. Die in diesem Medium veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, insbesondere die der Übersetzung in fremde Sprachen, sind vorbehalten. Kein Teil dieses Mediums darf – abgesehen von den Ausnahmefällen der §§53, 54 UrhG, die unter den darin genannten Voraussetzungen zur Vergütung verpflichten – ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder andere Verfahren) reproduziert oder eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanlagen, verwendbare Sprache übertragen werden. Auch die Rechte der Wiedergabe durch Vortrag, Funk- und Fernsehsendung, im Magnettonverfahren oder auf ähnlichem Wege bleiben dem Verlag vorbehalten. Jede im Bereich eines gewerblichen Unternehmens hergestellte oder benutzte Kopie dient gewerblichen Zwecken und verpflichtet gemäß §54 (2) UrhG zur Zahlung einer Vergütung.

Verlagsanschrift:
VDS Verlag Deutsche
Spezialmedien GmbH

Ketzerbach 25-28
35037 Marburg, Germany

Tel. +49 6421 1832-899
Fax +49 6421 18329-05

E-Mail:
verlag@deutsche-spezialmedien.de

Gerichtsstand:
AG Marburg an der Lahn

Verantwortlicher im Sinne des Presserechts:
Daniel Kromberg (DK),
Chefredakteur

E-Mail:
redaktion@newsletter-verteidigung.de